



Verlagsanstalt: Die Welt, Berlin, Unter den Eichen 15. Druck und Verlag: Rudolf Wolff in Berlin.

„Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung“ erscheint wöchentlich zweimal. Sonntags, Feiertagen u. Feiertagen ausgenommen. Abnehmer: Berlin, Unter den Eichen 15. Preis: 1 Mark 50 Pfennig.

Berliner Tageblatt

Nr. 230 - Ausgabe A Nr. 117
Ausgabe für Berlin und Umgegend Nr. 230

und Handels-Zeitung

Donnerstag, 19. Mai 1921
50. Jahrgang

Die Konferenz über Oberschlesien.

Lloyd George gegen die französische Presse.

Bestätigung der Unterhausrede über Oberschlesien.
(Telegramm unseres Korrespondenten)

Paris, 18. Mai.
Eine Gabel-Meldung teilt, wie schon gemeldet, mit, daß weder eine Befriedigung zwischen Briand und Lloyd George, noch eine Sitzung des Obersten Rates für die nächste Woche in Aussicht genommen ist. Die Mißverständnisse zwischen dem englischen und dem französischen Premierminister sollen durch telephonische Unterredungen geklärt werden. Demgemäß berichtet der „Journal“ aus London, daß die Engländer eine Konferenz des Obersten Rates für dringender notwendig halten. Die abschließende Haltung Briands habe ein wenig überflüssig. In London sei eine große Anzahl von Nachrichten aus Oberschlesien eingetroffen, die von der korrekten Haltung der Deutschen Zeugnis ablegen. Lloyd George, der eigentlich bis zum Donnerstag auf dem Lande bleiben wollte, sei vorzeitig zurückgekehrt und habe eine lange Unterredung mit Lord Curzon gehabt. Aus diesen einander widersprechenden Nachrichten geht aufs Neue hervor, daß Frankreich eine Aussprache über Oberschlesien wünscht, weil Briand hofft, schon vorher die vermeintliche Lösung gefunden zu haben, die dem Streit ein Ende machen könnte.

solches ein Dokument von unendlicher Bedeutung, besonders für die Nationen der Entente. Er bindet uns zuzummen, wo es so viel gibt, das uns trennt. Diejenigen, die die Bestimmungen des Vertrages behaupten, als ob sie ein Sport für Leidenschaft und Vorurteil wären, brauchen nicht lange zu leben, um ihre Pflichtigkeit noch zu bejahen. Das englische Volk entzieht sich keine Teile seiner Verantwortlichkeit aus dem Vertrage. Vorübergehende Schwierigkeiten erschweren es, Truppen zu erbringen. Aber diese Schwierigkeiten werden, wie ich vertrauensvoll schon jetzt annehme, bald vorüber sein, und ich mache auf die Tatsache aufmerksam, daß wir auf der jüngsten Konferenz unsere Bereitwilligkeit kundgegeben haben, unsere Forderungen, falls Deutschland die Bestimmungen der Alliierten nicht annehmen würde, den Alliierten für jede militärische Operation zur Verfügung zu stellen, über die beschlossene werden würde. Die britische Regierung war bestrebt, die Frage einer Teilung Oberschlesiens auf der Konferenz zu regeln. Alle Lasten der Vollstreckung wurden bekannt. Unsere Bundesgenossen waren aber nicht bereit, mit der Befriedigung fortzufahren. Wir werden trenn von der Entscheidung stehen, die von der Mehrheit der Mächte getroffen werden wird, die auf Grund des Vertrages bei der Festlegung der ober-schlesischen Grenze eine Stimme haben, wie auch immer der Spruch lauten möge. Wir nehmen die Vollstreckung als Ausdruck der Wünsche der Bevölkerung Oberschlesiens voll an. Da wir aber in den großen Krieg eingetreten sind und für die Verteilung des alten Vertrages, an dem unter ganz berechtigten, gewaltigen Verlusten erlitten haben, kaum Gedrückten nicht einwilligen, ruhig dabei zu stehen, während auf dem Vertrag, den seine Vertreter vor weniger als zwei Jahren unterzeichnet haben, herumgetreten wird.

Die neue Konferenz des Obersten Rates.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Paris, 18. Mai.
In London hält man entgegen den Nachrichten aus Paris daran fest, daß eine neue Konferenz des Obersten Rates stattfinden werde. Man sagt nur, daß die frühestens Anfang nächster Woche zusammenzutreten kann, nicht nur, weil man auf die Ergebnisse der Sitzung der französischen Kammer warten muß, sondern weil man auch einen Regierungswechsel in Italien infolge der Ergebnisse der italienischen Wahlen für möglich hält (einschließlich der Vermutung nach den bisher vorliegenden Wahlergebnissen allerdings nicht). Die Red. In London hält man weiterhin an der Auffassung fest, daß die Initiative zur Einberufung der Konferenz von Lloyd George ausgegangen ist. Er habe sich in der Nacht vom Freitag zum Samstag persönlich Briand angeschlossen. So melden die „Central News“. Die englische Regierung erklärt nach einmal eine Art Kommunikation über ihre allgemeine Stellungnahme zum ober-schlesischen Problem. Sie betont ihre vollkommene Unparteilichkeit nach beiden Seiten sowohl gegenüber den Polen, als auch gegenüber den Deutschen. Unter keinen Umständen dürfe aber die Entscheidung durch willkürliche Maßnahmen von irgendeiner Seite in Oberschlesien erzwungen werden. „In diesem Zusammenhang“ (so fährt das Kommuniqué fort) „ist festzustellen, daß die Haltung der deutschen Regierung hinsichtlich Oberschlesien fest und klar ist, und daß sie auch nachdrücklich erklärt hat, daß keine Verbindung zwischen ihr und den deutschen Reichsregierungen besteht, welche nach Oberschlesien gekommen sind, um dort mit den polnischen Streitkräften zu kämpfen. Auf der anderen Seite muß die Saumlage der polnischen Regierung erwähnt werden.“

Während die Gabel-Agentur eine neue Konferenz für ausgeschlossen hält, kündigt die Agentur Reuters an, daß eine Zusammenkunft des Obersten Rates demnächst stattfinden wird und daß nur noch die Antwort Italiens abgewartet wird, um das Datum festzusetzen. Italien soll inzwischen bereits zuzummen gekommen sein. Die Red. Die Konferenz würde wahrscheinlich in Paris, aber nicht vor kommenden Sonntag zusammenkommen. Die Reuters-Agentur berichtet ferner eine Erklärung Lloyd Georges, in der er seine Rede über Oberschlesien im Unterhaus vollkommen aufrecht erhält. In der (in der gestrigen Abendausgabe bereits von uns erwähnten) Erklärung heißt es: „Nichtlich übernehme ich die Verantwortung nur für das, was ich gesagt habe, nicht aber für die veröffentlichen und entstellten Berichte der französischen Presse. Die nahezu einstimmige Zustimmung, die ebenso wie die amerikanische auch die italienische und die englische Presse den von mir ausgesprochenen Empfindungen zuteil werden ließ, beweist, daß die großen Mächte, die an der Seite Frankreichs im Westen gekämpft haben, den Vertrag von Versailles in seiner Weite auslegen wollen. Niemand habe ich eine solche Zustimmung erteilt. Alle Angaben der öffentlichen Meinung in allen Ländern zeigen den gleichen Gesichtspunkt. Es wäre ein Unglück, wenn die französische Presse nicht unserer Meinung sein sollte. Wir müssen dann eben die Verschiedenheit unserer Anschauungen ertragen.“ Trotz dieser Erklärung, die noch nicht kommentiert wird, berichten die Zeitungen, daß die Einigkeit zwischen Lloyd George und Briand wiederhergestellt sei.

In der bedeutenden Erklärung Lloyd Georges heißt es, nach einer Meldung des „Wall Street Journal“: „Es wäre unglücklich, wenn die französische Presse einen anderen Standpunkt einnehmen sollte, aber wir müssen gegenüber Meinungsverschiedenheiten unter uns duldsam sein. Ich möchte der französischen Presse mit allem Respekt sagen, daß die Gewohnheit, einen jeden Meinungsäußerer als Alliierten, der nicht mit der eigenen Meinung übereinstimmt, als Alliierten zu behandeln, unchristlich und ungerade ist. Wenn diese Gewohnheit anzuhalten sollte, so wird sie für jede Entente unheilvoll sein. Der Standpunkt, den die englische, amerikanische und italienische Presse in der ober-schlesischen Frage einnehmen hat, sollte Frankreich nicht anständig sein. Sie stehen zum Vertrag von Versailles und wollen die Bestimmungen des Vertrages gerecht anwenden, und sie tun das gegen Deutschland ausfallen. Das Entscheidende Oberschlesiens muß durch den Obersten Rat entschieden werden, nicht durch Korruption. Es darf den Rändern (2) des Vertrages nicht gehalten werden, ungetraut in Europa Gedächtnis zu berechnen. Jemand muß ihnen die gültige Hand auslegen, anderenfalls wird es händige Schwierigkeiten geben. Der Lauf der Welt in kommenden Jahren kann nicht vorausgesehen werden. Die Welt vor uns sind bisher als gewöhnlich. Welt wird von dem Zusammenhalten der Alliierten abhängen. Unter den aus dem Vertrage sich ergebenden Verpflichtungen müssen Ereignisse, die nicht vorausgesehen werden können, die zukünftigen Gruppierungen der Nationen bestimmen. Die Zukunft der Welt, in Sonderheit Europas, wird durch alle oder neue Freundschaften bestimmt werden. Unter diesen Umständen ist der Vertrag von Ver-

Deutschlands erste Reparationszahlung.

Die 150 Millionen Goldmark.

Paris, 18. Mai. (E. C.)
Die Reparationskommission kam heute in den Besitz der deutschen Note wegen der Einrückung der 150 Millionen Goldmark. Diese Summe wird sich wie folgt zusammensetzen: 10 675 000 Dollars, 3 500 000 Pfund Sterling, 22 000 000 französische Francs, 4 000 000 italienische Francs, 5 000 000 belgische Francs, 2 000 000 holl. Gulden, 7 500 000 dänische Kronen, 3 000 000 schwed. Kronen, 3 500 000 norw. Kronen und 8 500 000 belgische Francs. Dies ergibt zum New-Yorker Kurs vom 18. Mai umgerechnet eine Gesamtsumme von 140 Millionen Goldmark. Die restlichen 10 Millionen ist die deutsche Regierung bereit, dorthin zu bezahlen, wenn es die Reparationskommission bestimmt. Die obgenannte Summe kann sofort in Schwitz überwiesen werden. Die Reparationskommission hat sich sofort mit der Bank von Frankreich und der „Bank of England“ ins Einvernehmen gesetzt, um diese Summe in Dollars zu konvertieren. In der heutigen Radmitsitzung der Kommission, der auch Herr v. Derggen beizuhören war, soll darüber beschloßen werden, in welcher Weise die weiteren 850 Millionen von Deutschland zu zahlen sein werden. Diese ganze Milliarde wird dazu dienen, um den Zinsendienst und die Amortisation für die erste Serie der deutschen Schuldverschreibungen, die bis zum 1. Juli zu übergeben sind, sicherzustellen.

Die Valutaordnung des Buchhändlerbörsenvereins.

Don [Hochdruck verboten].
Lujo Brentano.
In der furchtbaren Krise, in der sich Deutschland befindet, könnte es als fleischlich erscheinen, noch einmal über etwas, was nur eine bestimmte Klasse der Bevölkerung zu betreffen scheint, zu sprechen. Aber gerade, was diese Klasse heute tut, steht im engsten Zusammenhang mit Fragen, die ganz Deutschland angehen. Es ist nur ein Ausfluß desselben Geistes, der so mächtig dazu beigetragen hat, uns ins Unglück zu führen, der ungenügend keine Schranken kennenden Befolgung von Sonderinteressen auf Kosten des Ganzen, und es ist ein verhängnisvolles Bündnis für die Überwindung der Misere, der Deutschland eben infolge dieses Verhaltens vieler seiner Geschäftsleute verfallen ist, und für die Wiedererlangung seines geistigen Einklaffes auf die Nationen.

Nachdem ich in Nummer 89 des „Berliner Tageblatts“ vom 28. Februar zum ersten Male vor der geistigen Jollierung gewarnt hatte, der Deutschland infolge der furchtbaren Verteuerung seiner Geisteswerte für das Ausland zu verfallen drohe, erhielt ich eine Zuschrift, die mich aufs euerigste, was ich über den Rückgang des Verkaufs deutscher Bücher in England gelangt war. Es hatten mit dem Rückgang des Marktes die englischen Bestellungen auf deutsche Bücher zugunsten abgenommen. Und dann aber die englischen Buchhändler ihren Kunden den deutschen Valutazuschlag berechnet, wofür sie es sich nicht gefallen lassen, daß man sie des Vorwurfs des niedrigen Standes des Marktes beraube. Das habe zu langwierigen Korrespondenzen geführt und diese hätten, da die englischen Buchhändler deutscher Bücher zur Folge gehabt.

Am meinen zweiten Artikel: „Die geistige Jollierung Deutschlands“ in Nummer 133 des „Berliner Tageblatts“ vom 20. März, erhielt ich den Bericht über die deutsche Buchhändlerwelt sehr erregt. Er werde den Mittelpunkt der Diskussion auf der zwei Tage später in Leipzig stattfindenden Buchhändlerversammlung bilden. Sie suchen mich nicht nur von der Unerschlichkeit des Valutazuschlages, sondern geradezu von der Schädlichkeit seiner Einführung für den Absatz deutscher Geisteswerte zu überzeugen. Aber was brachten sie her? Sie hätten eben die Schweiz gerufen. Alle dortigen Sortimentler hätten ihnen dringend geraten, doch vom Valutazuschlag nicht abzugeben. „Daher“ (so schreiben, eben infolge des niedrigen Standes der Märs, der Schweizer Sortimenter beim Verkauf deutscher Bücher zu wenig. Um der paar Schoppen willen, welche das nur ein oder zwei Francs kostende deutsche Buch dem Sortimentler bringe, bemühe sich dieser nicht für den Vertrieb. Aber nun folgte die Entwertung dieses Arguments durch meine Befugnisse. Ich, zum Beleg des von ihnen vorgebrachten, führten sie weiter aus, man brauche nur die Schaufenster der Schweizer Sortimentler zu mustern. Da sehe man nur englische, französische, italienische Bücher; an deren Verkauf werde verdient, während die deutschen Bücher in dunklen Hinterzimmern unterfaul ständen. Meine Befugnisse übersehen im Eifer des Geistes, daß der von ihnen gelobte Zustand eben unter der Herrschaft des Valutazuschlages bestand und die Unerschlichkeit der deutschen Werte somit gerade gegen diesen Fortbeweiser sprach.

Was auf der von meinen Befugnissen angeführten Versammlung vom 2. April über die Valutaaussage gesprochen worden ist, habe ich nicht erfahren. Im Buchhändler-Börsenblatt ist, wie mir von Sortimentler-Seite mitgeteilt wird, darüber nichts zu finden gewesen. Dagegen ist mir ein Vorkehr des deutschen Buchhändlers in Belgien in Belgien zu Gesicht gekommen, der den Lauf, der mit dem Valutazuschlag getrieben wird, in seiner Gunst, für die deutschen Interessen verneinenden Wirkung erscheinen läßt. Die Einführung des Valutazuschlages ging, wenn ich recht unterrichtet bin, vor allem von Firmen aus, die sich ganz besonders als Träger deutschnationaler Gesinnung herporhoben. Die Auslandsbestellungen sind von je wirkliche Güter dieser Gesinnung gewesen, und zwar besonders in Südamerika, und der Vortrieb der dortigen deutschen Buchhändler hat das Mutterland unendlich viel zu danken. Sie sehen sich jetzt infolge des Valutazuschlages auf den Aussterbeort geföhrt. Das bedeutet eine schwere Schädigung deutscher Interessen. Aber noch ungleich größer als diese Schädigung Einzelner ist die, welche die Valutaaordnung dem gesamten Auslandsdeutschtum zugefügt hat. Die geistige Sperre, die die eigene Heimat über uns verhängt hat, heißt es in dem von mir eingeleiteten Briefe aus Brasilien, hat viel mit beigetragen, daß man von einer Weiterpredigt, daß man den Beschuldigungen von Ausbreitung nichts entgegenzusetzen konnte, sondern nur die Faust in der Tasche ballte, weil man leider, leider diese Art Exportschutz als zu Recht befunden bezichtigen mußte. Wir dräuben waren die langen Kriegsjahre hindurch ordentlich ausgebeutet auf deutsche Geisteskräfte, und wenn uns die Entente alles nehmen konnte, das deutsche Buch, die deutsche Schriftwelt mußte uns wieder werden; daran wollen auch wir Auslandsdeutschen uns